

12.08.2009

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3445 vom 25. Juni 2009
der Abgeordneten Renate Hendricks SPD
Drucksache 14/9495

Studentinnen und Studenten zeigen sich von schlecht konzipierten BA/MA-Studiengängen überfordert - Nachfrage nach psychologischen Beratungsstellen steigt an

Der Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie hat die Kleine Anfrage 3445 mit Schreiben vom 10. August 2009 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Das Klischee vom faulen Studenten, der bis Mittags schläft und abends lange feiert, hat spätestens mit den neuen Studiengängen ausgedient.

Pflichtveranstaltungen von morgens bis abends und eine hohe Dichte von Prüfungen sowie zahlreiche zu erbringende Leistungen sind an der Tagesordnung. Häufig ist diese übertriebene Belastung die Folge schlecht konzipierter Studiengänge. Vielerorts sind die alten Master- und Diplomstudiengänge in das starre Korsett eines deutlich kürzeren BA-Studiengangs mit einer Regelstudienzeit von gerade einmal drei Jahren gepresst worden. Damit bleibt den Studentinnen und Studenten mindestens ein Drittel der Zeit verwehrt, die ihren Kommilitoninnen und Kommilitonen aus den „alten“ Studiengängen zur Verfügung standen. Der Stoff hingegen ist häufig nur minimal reduziert.

Neben der erhöhten Belastung, der die Studentinnen und Studenten pausenlos in Atem hält und über den Büchern, Mitschriften und Skripten hängen lässt, hat sich eines grundlegend geändert: Alle erbrachten Leistungen zählen für die Abschlussnote! Ausrutscher oder ein knappes Bestehen eines ungeliebten Teilthemas sind nicht mehr drin. Gerade im Hinblick auf die begrenzten Masterplätze steigt der Druck enorm. Nur diejenigen, mit den besten Noten haben eine Chance auf den begehrten Masterplatz. Der Master als Sicherheit für eine verlässliche Berufsperspektive bleibt für viele zudem ein unerreichbares Ziel. Damit ist das Studium für viele auch mit unsicheren Berufsperspektiven verbunden.

Datum des Originals: 10.08.2009/Ausgegeben: 14.08.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die Folgen dieses steigenden Drucks und der permanenten Unsicherheit sind vielseitig: von einfachen Kopfschmerzen über Schlaflosigkeit sowie Niedergeschlagenheit und der Sorge, dem Druck nicht gewachsen zu sein. Das aus der Wirtschaft bekannte Phänomen des Burnout-Syndroms erreicht damit bereits die Hochschulen.

In einem Artikel des Handelsblatts sagt Reinhard Kukahn, Leiter der psychologischen Beratungsstelle der Uni Bonn: „Die [Bachelor-Studenten] können sich keine Auszeiten leisten, entweder sie schaffen es – oder sie scheitern. Das ist knallhart.“

Dass dieser Beratungsbedarf kein Bonner Phänomen ist, bestätigt Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks. Meyer auf der Heyde zufolge sei die Nachfrage nach Beratungen von 16.000 im Jahr 2004 auf 21.000 im Jahr 2007 gestiegen. Von 2007 auf 2008 sei die Nachfrage „noch mal stark gestiegen“.

Das DSW bietet in 43 Einrichtungen Beratungen an. Viele Universitäten verfügen über eigene Stellen. Doch ausreichend sind diese bei weitem nicht. An der Universität zu Köln warten Studentinnen und Studenten gut und gerne einen Monat auf einen ersten Beratungstermin. An den Fachhochschulen sind Beratungsstellen vielfach gar nicht existent.

Eine bloße Ausweitung der Beratungen ist sicherlich notwendig, kann jedoch nur eine unterstützende Maßnahme sein. Im Fokus muss die Aufgabe stehen, die desaströsen Bedingungen der Studiengänge zu verbessern.

1. *Wie bewertet die Landesregierung die Einschätzung der physischen und psychischen Belastung der Studierenden aufgrund der Neukonzeption der Bachelor-Studiengänge?*

Mit dem Bologna-Prozess wurde die Struktur der Studiengänge in ein gestuftes System von Bachelor- und Masterstudiengängen überführt. Kleinere Gruppengrößen haben die Betreuungsrelation verbessert. Auch die Studienbeiträge dienen der Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und wirken sich positiv aus. Eine staatliche Vorgabe für die inhaltliche Ausgestaltung der Studiengänge gibt es nicht. Vielmehr haben sich die Bundesländer darauf geeinigt, nur einen quantitativen Rahmen zu setzen und mit den „Ländergemeinsamen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen“ Kernelemente zur Gewährleistung der Gleichwertigkeit der Abschlüsse festgelegt. Im Rahmen der Qualitätssicherung durch die Akkreditierung wird die Studierbarkeit der einzelnen Studiengänge überprüft. Die Verkürzung der Studienzeiten ist eine hochschulpolitisch zu begrüßende Konsequenz der Reform, die für die Absolventen der Studiengänge nachhaltig positive Auswirkungen in Bezug auf die Chancen am Arbeitsmarkt haben wird. Möglicherweise auftretende Probleme der Stofffülle und einer zu hohen Zahl von Prüfungsleistungen müssen im Rahmen ihrer anstehenden Reakkreditierung beseitigt werden.

2. *Welche Rückmeldungen liegen der Landesregierung zu den gesundheitlichen Folgen durch die veränderten Studienbedingungen nach Einführung der Bachelor-Studiengänge vor?*

3. *Welche Konsequenzen gedenkt die Landesregierung aus den oben beschriebenen Entwicklungen zu ziehen?*

Es liegen keine belastbaren Hinweise vor, die Rückschlüsse auf einen Zusammenhang zwischen gesundheitlichen Problemen von Studierenden und der neuen Studiengangsstruktur zulassen. Die Bologna-Reform mit ihrem großen Ziel, einen einheitlichen europäischen

Hochschulraum zu schaffen, steht noch am Beginn. Wenngleich inzwischen bereits 82 % der Studiengänge an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen bereits Bachelor- oder Masterstudiengänge sind, so liegt doch der Anteil der Absolventen der neuen Studiengänge derzeit noch bei rd. 15 %. Möglicherweise auftretende Probleme bei der Umsetzung der Reform und Wege der Abhilfe werden mit den Hochschulen diskutiert werden.

4. *An welchen Hochschulen in NRW zeigen sich Studierende von schlecht konzipierten Studiengängen überfordert?*

Dazu liegen keine Informationen vor. Gleichwohl ist beabsichtigt, im Rahmen der Vorbereitungen der nächsten Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen die Entwicklung der Studienabbruchquote zu untersuchen.

5. *Wie sind die speziellen psychologischen Beratungsstellen für Studierende an den Hochschulen personell ausgestattet?*

Entsprechende Daten wären nur durch eine den Rahmen einer Kleinen Anfrage übersteigende Einzelabfrage bei allen Hochschulen zu ermitteln.